

Amnesty International: Israel verhängt „Apartheid“ über Palästinenser:innen

In einem bahnbrechenden 280-seitigen Bericht beschuldigt *Amnesty international* Israel des Verbrechens der Apartheid: „Es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und das muss ein Ende haben.“

Yumna Patel, mondoweiss.net, 01.02.22

In der Reihe der Menschenrechtsorganisationen ist *Amnesty International* die neueste, die Israel zu einem Apartheidstaat erklärt und ein Ende des „Systems der Unterdrückung und Vorherrschaft“ fordert, welches Israel den Millionen unter seiner Herrschaft lebenden Palästinenser:innen auferlegt.

Die Absicht, eine jüdische Vorherrschaft über die Palästinenser:innen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, lässt sich anhand von Gesetzen belegen, die schon früh nach der Gründung Israels erlassen wurden und die eine offene jüdische Einwanderung nach Israel ermöglichten, während sie gleichzeitig die palästinensischen Flüchtlinge daran hinderten, in ihre Heimat zurückzukehren.

In ihrem bahnbrechenden 280-seitigen Bericht hat Amnesty international am Dienstag Israel des Verbrechens der Apartheid beschuldigt: „Es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und das muss ein Ende haben.“

Durch eine Reihe von diskriminierenden und gewalttätigen Maßnahmen wie die Zerstörung von Häusern, die Trennung von Familien, die Einschränkung der Freizügigkeit, Inhaftierung und Folter erfüllt Israel die Kriterien für Verbrechen der Apartheid per Definition nach internationalem Recht, so der Bericht.

Laut Amnesty hat Israel seit 1948 eine Reihe von Gesetzen und Systemen eingeführt, die „darauf ausgelegt sind, Palästinenser:innen zu unterdrücken und zu beherrschen“, und die immer mit der Absicht durchgesetzt werden, jüdische Israelis auf Kosten der Palästinenser:innen zu privilegieren.

Die Absicht, eine jüdische Vorherrschaft über die Palästinenser:innen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, lässt sich anhand von Gesetzen belegen, die schon früh nach der Gründung Israels erlassen wurden und die eine offene jüdische Einwanderung nach Israel ermöglichten, während sie gleichzeitig die palästinensischen Flüchtlinge daran hinderten, in ihre Heimat zurückzukehren.

Diese Politik wird heute fortgesetzt, indem palästinensischen Flüchtlingen weiterhin das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat verweigert wird und Israels Bevölkerungspolitik in Städten wie Jerusalem darauf abzielt, eine jüdische Mehrheit von mindestens 60 % in der Stadt aufrechtzuerhalten. Wie der Amnesty-Bericht im Einzelnen darlegt, wendet Israel zur Erreichung solcher demografischen Ziele und zur Aufrechterhaltung der Vorherrschaft über die Palästinenser:innen Gesetze an, die die Palästinensische Bevölkerung geografisch aufsplintern. Die palästinensische Bevölkerung wird eingegrenzt auf „getrennte, dicht besiedelte Enklaven“, wo sogar die menschlichen Grundbedürfnisse beschnitten werden.

„Die jahrzehntelange, bewusst ungleiche Behandlung der Palästinenser:innen führte in allen von Israel kontrollierten Gebieten dazu, dass sie an den gesellschaftlichen Rand gedrängt wurden und einer weit verbreiteten und systematischen sozioökonomischen Benachteiligung ausgesetzt sind, da ihnen der gleichberechtigte Zugang zu natürlichen und finanziellen Ressourcen, zur Existenzsicherung, zur Gesundheitsversorgung und zur Bildung verwehrt wird“, heißt es in dem Bericht.

In ihren Empfehlungen zur Beendigung der israelischen Apartheid forderte Amnesty die internationale Gemeinschaft auf, „Ihre Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt dringend und drastisch zu ändern“ und „das volle Ausmaß der Verbrechen anzuerkennen, die Israel am palästinensischen Volk begeht“.

Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts ist Israels Politik der Enteignung und Vertreibung durch Beschlagnahme von Land, die Verweigerung von Baugenehmigungen, die Ausweitung von Siedlungen und die Ersetzung von Palästinenser:innen durch jüdische Siedler:innen in Orten wie Sheikh Jarrah und Silwan.

„Unser Bericht zeigt das wahre Ausmaß des israelischen Apartheidregimes. Ob sie im Gazastreifen, in Ostjerusalem und der Westbank oder in Israel selbst leben, die Palästinenser:innen werden wie eine minderwertige ethnische Gruppe behandelt und systematisch ihrer Rechte beraubt“, so Agnès Callamard, Generalsekretärin von *Amnesty International*, in einer Erklärung.

„Wir haben festgestellt, dass Israels grausame Politik der Segregation, Enteignung und Ausgrenzung in allen von ihm kontrollierten Gebieten eindeutig der Apartheid gleichkommt. Die internationale Gemeinschaft hat die Pflicht, zu handeln“.

Das „Recht auf Rückkehr“ für palästinensische Flüchtlinge wird berücksichtigt

Der Amnesty-Bericht kommt ein Jahr nach der Veröffentlichung ähnlicher Berichte von *B'Tselem* und *Human Rights Watch*, die Israel des Verbrechens der Apartheid beschuldigen – was palästinensische Menschenrechtsgruppen seit Jahrzehnten bereits tun.

Die Berichte behandeln viele der gleichen Themen: Israels diskriminierendes Ausweissystem, die Zersplitterung der palästinensischen Bevölkerung in verschiedene Enklaven und die Sonderrechte der Juden und Jüdinnen gegenüber den Palästinenser:innen in allen von Israel beherrschten Gebieten.

Anders als bei den Veröffentlichungen von *B'Tselem* und *HRW* berücksichtigt Amnesty jedoch die Millionen im Exil lebender palästinensischer Flüchtlinge, denen Israel das Recht auf Rückkehr verweigert – ein Recht, das in der UN-Resolution 194 verankert ist.

Der Bericht stellt fest, dass Israel nur diejenigen, die 1948 vertrieben wurden oder geflohen sind, nicht aber deren Nachkommen, als Flüchtlinge betrachtet und diesen beiden Gruppen das Recht auf Rückkehr verweigert. Schätzungsweise 5,6 Millionen palästinensische Flüchtlinge sind beim UNRWA registriert. Etwa 2,2 Millionen leben in Flüchtlingslagern in der besetzten Westbank, im Gazastreifen und in Ostjerusalem, die

übrigen im Exil, hauptsächlich in Lagern im gesamten Nahen Osten. Im Bericht heißt es: „Um die jüdisch-israelische Vorherrschaft in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten aufrechtzuerhalten, verweigert Israel auch weiterhin Millionen von palästinensischen Flüchtlingen ... sowie deren Nachkommen das Recht auf Staatsbürgerschaft und Aufenthalt, indem es ihnen das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat in Israel und/oder den besetzten palästinensischen Gebieten verweigert“.

Der Zionismus als Ideologie wird nicht hinterfragt

Obwohl der Amnesty-Bericht im Vergleich zu früheren Berichten erhebliche Fortschritte macht, schreibt die palästinensische Menschenrechtsexpertin Rania Muhareb, dass er zu kurz greift, weil er „das kollektive Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung“ und die Rolle des „zionistischen Siedlerkolonialismus als grundlegende Logik der israelischen Apartheid“ nicht anerkennt.

„Sowohl *Amnesty International* als auch *Human Rights Watch* verweisen auf die Rolle zionistischer Institutionen wie des *Jüdischen Nationalfonds* bei der Aneignung von palästinensischem Land und Eigentum für die ausschließlich jüdische Besiedlung. Beide gehen jedoch nicht auf die Rolle der zionistischen Ideologie ein, die Israels koloniales Siedlerprojekt vorantreibt“, schrieb Muhareb für RTE.

In ihrem Bericht schreibt Amnesty, dass man „Israels Wunsch, eine Heimat für Juden zu sein, nicht in Frage stellt. Ebenso ist Amnesty nicht der Ansicht, dass das Selbstverständnis Israels als ‚jüdischer Staat‘ eine Absicht zur Unterdrückung oder Vorherrschaft beinhaltet.“

In einem früheren Interview mit *Mondoweiss* über die israelische Apartheid betonte Muhareb, dass „das Bestreben, Palästinenser:innen zu entwurzeln, Teil einer umfassenderen Siedler-kolonialen Logik ist, die darin besteht, indigene Palästinenser:innen durch jüdische Siedlerkolonialisten zu ersetzen“. „Die fortwährende Vertreibung der Palästinenser:innen von ihrem Land und ihrem Besitz dient dazu, die Apartheid zu etablieren und sie gegenüber den Palästinenser:innen aufrechtzuerhalten. So verstehen wir die unterschiedliche Behandlung, die Palästinenser:innen im Vergleich zu jüdischen Personen nach israelischem Recht erfahren“, sagte Muhareb.

Israel und Unterstützende erheben Vorwurf des „Antisemitismus“

Der Amnesty-Bericht wurde von Menschenrechtsgruppen in Palästina und auf der ganzen Welt überwiegend begrüßt und als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet, um Israel für seine Verbrechen an den Palästinenser:innen zur Rechenschaft zu ziehen.

[Twitter-Nachrichten im Originalartikel]

Noch bevor der Bericht veröffentlicht wurde, verurteilten ihn israelische Offizielle und israelfreundliche Gruppen und warfen *Amnesty International* Antisemitismus vor. Der israelische Außenminister Yair Lapid nannte Amnesty „nur eine weitere radikale Organisation, die Propaganda weitergibt, ohne die Fakten ernsthaft zu prüfen“. Lapid warf der Gruppe vor, sie verbreite „die gleichen Lügen wie terroristische Organisationen“. Er beschuldigte die Organisation auch des Antisemitismus und sagte: „Ich hasse es, das Argument zu verwenden, dass, wenn Israel kein jüdischer Staat wäre, niemand bei Amnesty es wagen würde, dagegen zu protestieren, in diesem Fall aber gibt es keine andere Erklärung.“

Sowohl die *Anti-Defamation League (ADL)* als auch die *AIPAC* äußerten sich ähnlich, wobei letztere den Bericht als „fehlgeleiteten und rückwärtsgewandten Versuch, Israel zu verunglimpfen“ bezeichnete.

Der Generalsekretär von Amnesty wehrte sich gegen diese Anschuldigungen mit den Worten: „Einige in der israelischen Regierung versuchen davon abzulenken, indem sie Amnesty fälschlicherweise beschuldigen, Israel destabilisieren zu wollen, antisemitisch zu sein oder Israel zu Unrecht bloßzustellen. Aber ich bin hier, um zu sagen: diese grundlosen Angriffe, unverhohlenen Lügen und Verleumdungen werden die Botschaft einer Organisation mit 10 Millionen Mitgliedern auf der ganzen Welt nicht zum Schweigen bringen.“

Die israelische Apartheid muss beendet werden

Amnesty International kritisiert in seinem Bericht, dass Israel „seit Jahrzehnten systematisch schwere Menschenrechtsverletzungen an Palästinenser:innen begeht“ und dabei „fast völlig straffrei bleibt“.

„Die Regierungen, die die Verantwortung und die Macht hätten, etwas zu tun, haben sich geweigert, sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, um Israel zur Verantwortung zu ziehen“, heißt es in dem Bericht. „Stattdessen versteckten sie sich hinter einem zum Sterben verurteilten Friedensprozess zu Lasten von Menschenrechten und Verantwortlichkeit.“

In ihren Empfehlungen zur Beendigung der israelischen Apartheid forderte die Gruppe die internationale Gemeinschaft auf, „Ihre Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt dringend und drastisch zu ändern“ und „das volle Ausmaß der Verbrechen anzuerkennen, die Israel am palästinensischen Volk begeht“.

Amnesty International fordert die israelischen Behörden auf, Praktiken wie Hauszerstörungen und Zwangsräumungen unverzüglich einzustellen, allen Palästinenser:innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten gleiche Rechte zu gewähren, das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge und ihre Nachkommen anzuerkennen und die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu entschädigen.

Außerdem wird der UN-Sicherheitsrat aufgefordert, „gezielte Sanktionen, wie das Einfrieren von Vermögenswerten, gegen die am häufigsten am Verbrechen der Apartheid beteiligten israelischen Vertreter zu verhängen“ und ein „umfassendes Waffenembargo gegen Israel“ zu beschließen.

Auch forderte Amnesty International den Internationalen Strafgerichtshof auf, bei seinen laufenden Ermittlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten das Verbrechen der Apartheid zu berücksichtigen. Außerdem appellierte Amnesty an alle Staaten, „die allgemeine Rechtsprechung zu nutzen, um die Urheber von Apartheidverbrechen vor Gericht zu bringen.“

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2022/02/amnesty-international-israel-is-imposing-apartheid-on-palestinians/>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de